

Guido Steinberg **Der nächste  
Machtwechsel  
im Nahen Osten?**

**Thronfolge und Opposition in Saudi-Arabien**

**Das Ableben König Fahds (geb. 1922) von Saudi-Arabien wird seit langem erwartet. Wenn sein Kronprinz Abdallah (geb. 1923) nicht vor Fahd stirbt, wird er König werden, wobei davon auszugehen ist, dass er innen- wie außenpolitisch Kontinuität wahren wird. Die Legitimitätsdefizite des Königshauses könnten jedoch langfristig seinen Bestand gefährden, sollte die Familie nicht bald eine Neuregelung der Thronfolge beschließen. Behält sie die bisherige Praxis bei, wird künftig alle zwei bis drei Jahre ein schon über 70-jähriger Herrscher sterben, und die Gefahr eines innerfamiliären Konfliktes – vor allem zwischen den Generationen – stetig steigen. Obwohl die Familie Saud dieses Problem erkannt hat und einen Generationswechsel in Erwägung zieht, bleibt unklar, wer Saudi-Arabien mittelfristig regieren wird.**

In keiner anderen Region der Erde regieren die Herrscher ähnlich lange wie im Nahen Osten. Da viele von ihnen die Pensionsgrenze bereits deutlich überschritten haben, häuften sich in den letzten Jahren die Todesfälle in ihren Reihen. Herrscher wie Hasan II. von Marokko, König Husain von Jordanien und der syrische Präsident Hafiz al-Asad hatten bereits mehrere Jahrzehnte regiert, bis ihr Tod ihre Länder mit der Frage nach einem geeigneten Nachfolger konfrontierte. Bis heute ist nicht in allen Fällen abzusehen, ob die jeweiligen Machtwechsel tatsächlich geglückt sind oder ob nicht doch noch schwere innenpolitische Krisen folgen werden. Da diesen Regimen jegliche demokratische Legitimität fehlt, hängt ihre Stabilität entscheidend davon ab, inwieweit es den neuen Herrschern gelingt, ihre eigene Position im Machtapparat so schnell wie möglich zu konsolidieren. Seitdem Baschar al-Asad, der Sohn des im Jahr 2000 verstorbenen syrischen Staatspräsidenten Hafiz al-Asad, die Nachfolge seines Vaters angetreten hat, wird kein anderer Machtwechsel in der Region mehr mit ähnlich viel Spannung erwartet wie der in Saudi-Arabien. König Fahd b. Abdalaziz b. Saud, geboren 1922, leidet seit langem an einer schweren Herzkrankheit und an Diabetes. Schon 1995 erlitt er einen Schlaganfall, von dem er sich nicht vollständig erholt zu haben scheint. Als er später mit seinem gesamten Hofstaat nach Spanien reiste, bewerteten einige Kommentatoren diesen Schritt bereits als faktische Abdankung zugunsten seines Kronprinzen Abdallah. Tatsächlich ermöglichte er durch diesen schon länger erwarteten Zug

Abdallah die Übernahme der Amtsgeschäfte. Dennoch kehrte Fahd wieder zurück, wobei es so scheint, als habe er Abdallah faktisch die Führung der gesamten Regierungsgeschäfte übertragen. Fahd selbst übernimmt nur noch vereinzelt Repräsentationsaufgaben in Riad.

Viele Analysten der internationalen Politik und anscheinend auch die amerikanische Regierung betrachten diese Entwicklung mit Sorge. Sie befürchten, dass Abdallah im Falle eines Ablebens Fahds dessen Nachfolge antritt und die außenpolitische Orientierung des Königreichs grundlegend ändern wird. Vor allem die USA begegneten ihm bisher mit Misstrauen, da er als religiös konservativer und als stärker panarabisch orientiert gilt als Fahd. Sie befürchten im schlimmsten Fall, dass Abdallah versuchen könnte, das Bündnis mit den USA durch verstärkte Zusammenarbeit mit arabischen Nachbarstaaten wie Ägypten, Syrien und langfristig auch dem Irak zu ersetzen. In etwas realistischeren Szenarien wird meist die Möglichkeit einer aggressiveren Politik Abdallahs im Zusammenhang mit dem Friedensprozess im Nahen Osten und eine substantielle Annäherung an Syrien oder auch den Iran diskutiert. Immer wieder wird von den Vertretern dieser Thesen daran erinnert, dass Abdallah 1990 der Entscheidung König Fahds heftig widersprochen haben soll, amerikanische Truppen ins Land zu rufen. In der Tat sind die persönlichen Beziehungen Abdallahs nach Syrien und in den Irak sehr gut. In der saudiarabischen Außenpolitik hat sich nämlich seit den frühen achtziger Jahren eine Aufgabenteilung durchgesetzt. Hier befasst sich Abdallah vor allem mit den Beziehungen zu Syrien und dem Irak, auch, da er in beiden Staaten viele Verwandte hat, zu denen er regelmäßige Kontakte pflegt. Seine Mutter gehörte zum Stamm der Shammar, die heute in Syrien, Jordanien, im Irak und in Saudi-Arabien leben. Abdallahs Halbbruder Sultan ist in diesem Rahmen für die Beziehungen zum Jemen, der Botschafter in Washington und Sohn Sultans, Bandar b. Sultan, für die Beziehungen zu den USA und der mächtige Geheimdienstchef Turki b. Faisal für die zu Pakistan und Afghanistan zuständig. Da diese Spezialisierung auf Kosten des langjährigen Außenministers Saud b. Faisal vonstatten ging, führte sie zu Konflikten über Kompeten-

zen. Es entstand der Eindruck, als stehe ein konservativer, d.h. eher panarabisch und islamisch orientierter Block – geführt von Abdallah, Saud b. Faisal und Turki b. Faisal – einem eher amerikanisch orientierten Block mit Fahd und Bandar b. Sultan an der Spitze gegenüber. Die Haltung Abdallahs und Saud b. Faisals in der Golfkrise im August 1990 verstärkte diese Befürchtungen. Vor allem Bandar befürwortete damals eine amerikanische Intervention, während Abdallah, Saud b. Faisal und Sultan diese zu verhindern suchten. Die Schlussfolgerung allerdings, dass im Anschluss an eine Thronfolge Abdallahs auch die proamerikanische Orientierung Saudi-Arabiens revidiert würde, ist sehr gewagt. Es gibt kaum einen Hinweis darauf, dass antiamerikanische Motive die Haltung der genannten Prinzen dominierten. Vielmehr befürchteten sie zu Recht, dass ein solcher Hilferuf die religiös konservative Bevölkerung Zentralarabiens tief verstören werde und sie islamistischen Predigern in die Arme treibe. Falls Abdallah der nächste König wird, ist es wahrscheinlicher, dass seine Politik in wichtigen Nuancen, vor allem in Bezug auf den Israel-Palästina-Konflikt, von der seines Vorgängers abweichen wird. Auch Abdallah ist jedoch Politiker genug, um zu begreifen, dass nur das Bündnis mit den USA die territoriale Integrität Saudi-Arabiens gegen seine mächtigen und bevölkerungsreichen Nachbarn sichern kann. Er hat immer wieder die Identität der amerikanischen und saudi-arabischen Interessen betont und nie nachweisbar gegen das Bündnis mit den USA an sich opponiert. Auch er muss sich darüber im Klaren sein, dass der Schutz durch die USA auch langfristig die einzige Möglichkeit Saudi-Arabiens bzw. der Familie Saud ist, in einem immer feindseligeren regionalen und auch innenpolitischen Umfeld zu überleben. Es gibt keine Belege dafür, dass Abdallah hier anderer Meinung ist. Deshalb wird er aller Voraussicht nach weitgehende außenpolitische Kontinuität wahren.

Die Thronfolge in Saudi-Arabien wurde seit dem Tode des Staatsgründers Abdalaziz b. Abdarrahman b. Saud, genannt Ibn Saud, im Jahre 1953 unter seinen damals 35 überlebenden Söhnen ausgemacht. Jeweils der älteste lebende Sohn folgte seinem verstorbenen Bruder auf den Thron. Auch wenn kein glaubwürdiger Beleg dafür existiert, dass Ibn Saud

eine solche Regelung – mit Ausnahme der Thronfolge der ersten beiden Brüder Saud (reg. 1953-1964) und Faisal (reg. 1964-1975) – angeordnet hatte, gilt sie heute als verbindlich. Nur einige aufgrund nicht standesgemäßer matrilinealer Abstammung, offenkundiger Unfähigkeit oder fehlenden Interesses ungeeignete Söhne Ibn Sauds wurden dabei übergangen. Auf den derzeitigen König und Präsidenten des Ministerrats Fahd folgt zur Zeit sein Halbbruder Abdallah (geb. 1923), der als stellvertretender Ministerpräsident amtiert und damit auch Kronprinz ist. Nummer zwei in der Thronfolge ist Fahds Vollbruder Sultan (geb. 1924), zweiter stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Da der König mittlerweile fast 79 Jahre, sein Kronprinz 78 und der nächste in der Thronfolge 77 Jahre alt ist, sind schon aus biologischen Gründen Probleme bei einem der kommenden Machtwechsel abzusehen. Falls sich die Familie nicht zu einer Reform der Thronfolge entschließen sollte, wird sie bestenfalls alle zwei bis drei Jahre einen neuen König aus ihren Reihen auswählen müssen, mit allen Konsequenzen, die dies für die politische Kontinuität und Stabilität des Landes haben könnte. Dies ist ein umso gravierenderes Problem, als der saudiarabische König im politischen System des Landes eine außerordentliche Machtfülle besitzt, die fast ausschließlich durch den Einfluss der anderen führenden Familienmitglieder beschränkt wird. Zudem hat sich in Saudi-Arabien seit dem zweiten Golfkrieg eine Oppositionsbewegung entwickelt, die nur auf ihre Chance wartet, im Falle eines Konfliktes um die Thronfolge einzugreifen. In den nächsten Jahren stellt sich deshalb die Frage, wann die Macht auf die folgende Generation übergehen soll, will die Familie Saud eine gewisse Kontinuität der Machtausübung wahren. Falls Abdallah Fahd überleben sollte, wäre er nämlich der erste Sohn Ibn Sauds auf dem Thron, der bereits deutlich jünger als die ersten Enkel Ibn Sauds sein würde und daher im Jahre 1953 nicht zu denjenigen Prinzen gehörte, die hoffen konnten, eines fernen Tages einmal die Nachfolge ihres Vaters antreten zu dürfen. Da zu erwarten ist, dass die ältesten Prinzen demnächst in rascher Reihenfolge sterben werden, ist es durchaus möglich, dass Konflikte innerhalb der Herrscherfamilie um die Nachfolge auftreten wer-

den, die die Stabilität des saudiarabischen Staates und damit der gesamten Region gefährden könnten. Da die Herrscherfamilie seit mindestens den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts mit schwerwiegenden Legitimitätsdefiziten zu kämpfen hat, die seit 1990/91 immer deutlicher zu Tage treten, stellt sich die Frage, welche innenpolitischen Kräfte der Herrschaft der Saudis gefährlich werden könnten.

### ■ **Innersaudische Opposition und regionale Gefahrenquellen: Die Schiiten der Ostprovinz**

Seit einigen Jahren ist es um die schiitische Opposition in Saudi-Arabien ruhig geworden. Seit der ersten Eroberung der mehrheitlich von Schiiten bewohnten Ostprovinz im ausgehenden 18. Jahrhundert unterwarfen die saudischen Herrscher die Schiiten einer strengen Kontrolle ihres politischen, sozialen und kulturellen Lebens, deren Intensität jedoch stark schwankte. Einer der Gründe für den Hass, den die Bewohner Zentralarabiens gegenüber den Schiiten empfinden, war die wahhabitische Lehre, der sie anhängen und die bis heute die vorherrschende Doktrin in Saudi-Arabien geblieben ist. Es handelt sich hierbei um eine radikale sunnitische Interpretation des Islam, deren Anhänger vor allem die Schiiten, aber auch nichtwahhabitische sunnitische Muslime als „Ungläubige“ betrachten. Ihr Begründer, Muhammad b. Abdalwahhab (gest. 1792), hatte seit 1745 gemeinsam mit dem ersten saudischen Herrscher Muhammad b. Saud dieser Lehre Geltung verschafft und somit entscheidend zum Aufstieg des saudischen Staates beigetragen. Wann immer die Saudis die Ostprovinz am Persischen Golf, die sie mehrmals an ihre Feinde verloren, besetzten, hinderten sie die Schiiten an einer freien Religionsausübung, beseitigten deren politische Führung, konfiszierten Ländereien und trieben große Teile der Bevölkerung ins Exil. 1979, möglicherweise inspiriert durch die islamische Revolution im Iran, brachen in der Ostprovinz Unruhen aus, die blutig niedergeschlagen wurden. Auch die saudiarabischen Schiiten waren dem damals in der Region vorherrschenden Trend zur politischen Mobilisierung ihrer Gemeinschaft gefolgt. Ihre bis heute wichtigste Oppositionsgruppe wurde 1975 als „Organisation der islamischen Revolution auf der

Arabischen Halbinsel“ gegründet. Obwohl ihre Führer, allen voran der Geistliche Hasan as-Saffar, enge Kontakte zum revolutionären Iran dementierten, konnten sie nicht verbergen, wie eng ihre ideologischen und organisatorischen Verbindungen nach Teheran waren. Selbst wenn die Organisation kein Werkzeug der iranischen Führung war, musste Riad befürchten, dass die Schiiten einem Export der islamischen Revolution den Weg bereiten würden. Seit den frühen achtziger Jahren geht deshalb in der saudischen Führung die Angst vor einer Erhebung der Schiiten um. Sie bemühte sich einerseits, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Andererseits verschärfte sie die Kontrolle über die Provinz, Willkürakte und Menschenrechtsverletzungen der Polizeibehörden waren und sind an der Tagesordnung.

Zu Beginn der neunziger Jahre entspannte sich das Verhältnis zwischen Regierung und schiitischer Opposition. Schon Ende der achtziger Jahre hatte sich Hasan as-Saffar ideologisch immer deutlicher vom Khomeinismus und der Idee einer islamischen Revolution distanziert. Als sich seine Gruppierung dann noch während des Golfkrieges neutral verhielt, die irakische Invasion Kuwaits verurteilte und anschließend Gespräche anbot, nutzte das Regime die Chance und trat in Verhandlungen ein. Im Jahre 1993 schlossen Saffar und andere schiitische Oppositionelle ein informelles Abkommen mit der Regierung, gemäß dem sie die Propagandatätigkeit aus dem Exil in London und Damaskus aufgaben. Im Gegenzug gestattete die Regierung ihnen die Rückkehr nach Saudi-Arabien und machte einige Zusagen hinsichtlich einer Verbesserung der Lebensbedingungen und einer Erweiterung der religiösen Freiräume der Schiiten in der Ostprovinz. Auch wenn nur ein Teil der Zusagen eingehalten worden sein soll, kehrten die Führer der schiitischen Opposition nach Saudi-Arabien zurück. In ihren Grundzügen ist diese Abmachung bis heute gültig.

Abgesehen davon, dass diese Annäherung eine kurzfristige Entspannung bewirkte, blieb das grundsätzliche Problem bestehen. Zwar sind nur etwa acht Prozent der Bevölkerung Saudi-Arabiens Schiiten. Dennoch stellen sie in der strategisch und ökonomisch wichtigen Ostprovinz – wo das gesamte saudische Erdöl gefördert wird – immer noch rund

50 Prozent der Bevölkerung und ihre starke kulturelle Affinität zum schiitischen Iran und mehr noch zu ihren Glaubensbrüdern im Irak gibt der saudischen Führung immer wieder Anlass zur Sorge. Obwohl der Iran seit dem Tode Khomeinis 1989 seine Politik des Exports der Revolution aufgegeben hat und die Beziehungen zwischen beiden Staaten sich in den letzten Jahren normalisiert haben, wird der Iran neben dem Irak und dem Jemen in Riad immer noch als wichtigste Bedrohung in der Region angesehen.<sup>1)</sup> Auch wenn die unmittelbare Gefahr seit jeher für die kleinen Golfstaaten wie Bahrain und die Emirate größer war, betrachtet Riad diese immerhin als Teil seines regionalen Einflussbereichs. Dass der Machtkampf zwischen Präsident Khatami und den konservativen Kräften in Teheran immer noch schwelt, wird auch in der Familie Saud mit Besorgnis registriert. Ein Sieg der konservativen Kräfte könnte auch ein Ende der außenpolitischen Mäßigung bedeuten. Dennoch ist es zur Zeit weniger eine militärische Bedrohung, die vom Iran ausgeht. Letzten Endes wird er auf Jahre hinaus hauptsächlich mit innenpolitischen Problemen beschäftigt sein. Vielmehr stellt der Iran seit den achtziger Jahren wiederholt die Legitimität der saudiarabischen Kontrolle der Heiligen Stätten in Mekka und Medina in Frage – eine Politik, welche die Legitimitätsdefizite des saudiarabischen Regimes immer wieder offenlegt.

Seit 1979 fürchtet die saudische Regierung vor allem ein Szenario, nach dem Unruhen in den Heiligen Stätten, hervorgerufen durch iranische Pilger, gleichzeitig mit einem Aufstand der Schiiten in der Ostprovinz ausbrechen. Im Jahre 1979 hatte eine radikale wahhabitische Gruppierung während der Pilgerfahrt die Große Moschee in Mekka besetzt und Geiseln genommen. Nur durch massive Gewaltanwendung konnte damals die Kontrolle über die Heiligen Stätten wiederhergestellt werden. Fast zugleich brachen Unruhen unter den Schiiten der Ostprovinz aus, die ebenfalls nur mit Mühe niedergeschlagen werden konnten. Seitdem bestreitet der Iran die Legitimität der saudischen Herrschaft über die Heiligen Stätten und rief immer wieder zu Demonstrationen während der Pilgerfahrt auf. Während der achtziger Jahre führte diese Politik wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen iranischen Pilgern

1) Joseph A. Kechichian, „Trends in Saudi National Security“, in: *Middle East Journal* 53, No. 2 (Spring 1999), S.232-253 (S.236-238).

und saudischen Sicherheitskräften. Am 31. Juli 1987 starben 400 iranische Pilger während gewalttätiger Zusammenstöße mit der Polizei, was eine heftige Kontroverse nach sich zog, in deren Folge Saudi-Arabien 1988 sogar die diplomatischen Beziehungen zu Teheran abbrach.

Die saudiarabischen Schiiten spielen nicht nur im Verhältnis zum Iran eine wichtige Rolle. Auch die saudische Politik gegenüber dem Irak wird von der Überlegung beeinflusst, dass die Schiiten im Südirak im Krisenfall mit den Schiiten in der saudischen Ostprovinz kooperieren könnten. Dennoch herrscht im Verhältnis zum Irak zunächst die Angst vor einem Wiedererstarken des Regimes Saddam Husains vor. Mittelfristig sehen die Strategen in Riad den Irak als wichtigste regionale Bedrohung an, obwohl dies nach einem bald zu erwartenden Machtwechsel vor allem mit innenpolitischen Problemen befasst sein wird. Trotzdem ist es wahrscheinlich, dass der Irak wieder zu einer Regionalmacht wird, gegen die Saudi-Arabien längerfristig militärisch hilflos sein wird. Zumal Saddam Husain das zehnjährige Jubiläum des Zweiten Golfkrieges dazu nutzte, Saudi-Arabien und seinen Verbündeten am Golf erneut zu drohen, registriert die saudische Regierung alle Vorgänge im Irak mit großer Aufmerksamkeit. Fast ebenso große Sorge wie ein Wiedererstarken Bagdads bereitet der saudischen Herrscherfamilie die Gefahr eines Auseinanderbrechens des Irak. In diesem Fall wäre es gut möglich, dass der irakische Süden, der mehrheitlich von Schiiten bewohnt wird, unter den Einfluss Teherans geriete, mit unabsehbaren Folgen für die Stabilität der saudischen Ostprovinz. Bis heute orientieren sich die saudiarabischen Schiiten vor allem kulturell stark am Leben in Najaf und Kerbela im Südirak. Auch wenn sich ihre direkten Verbindungen zum Irak seit den späten siebziger Jahren abgeschwächt haben, halten sie den Kontakt zu den Glaubensbrüdern vor allem über die schiitischen Exilzentren in London und Damaskus. Bis heute prägt deshalb eine gewisse Ambivalenz die saudiarabische Haltung gegenüber dem Irak. Wird er zu stark, befürchtet die saudische Regierung die unmittelbare Bedrohung, wird er zu schwach, so bereitet sein mögliches Auseinanderbrechen ihr ebenfalls Sorge.

## ■ Die islamistische Opposition in Saudi-Arabien

Um die sunnitischen Islamisten ist es mittlerweile etwas ruhiger geworden, wobei die vorliegenden Informationen zur innenpolitischen Situation in Saudi-Arabien nur unvollständig sind. Auch hier erwies sich der Golfkrieg von 1990/91 als Epochendatum der saudiarabischen Geschichte und möglicherweise wird sich erst im Rückblick erschließen, welche Bedeutung diese Zäsur für die weitere Entwicklung hatte. Vielen Bewohnern des Landes führte die Stationierung amerikanischer Truppen auf seinem Territorium deutlich vor Augen, was die saudische Regierung bisher immer zu verbergen versucht hatte: die Tatsache, dass Saudi-Arabien und seine Verbündeten im Golfkooperationsrat (GKR/GCC) sicherheitspolitisch und militärisch vollkommen von den USA abhängig sind. Auch wenn die Golfstaaten aus innenpolitischen Gründen die Einrichtung amerikanischer Militärbasen auf ihrem Territorium immer wieder abgelehnt hatten, bauten sie auf die amerikanische Präsenz „hinter dem Horizont“, also in der Golfregion und im Indischen Ozean.

Schon als König Fahd am 9. August 1991 die Entscheidung verkündete, amerikanische Truppen zum Schutz vor einer irakischen Invasion ins Land zu rufen, lehnten religiöse Kreise dies ab. Viele radikale Wahhabiten aus dem Najd (Zentralarabien) kritisierten diese Entscheidung heftig. Bedenklich war vor allem, dass viele Angehörige des geistlichen Establishments (*ulama*) neben islamistischen Oppositionellen und niederrangigen Gelehrten in die Kritik einstimmten. Auch der damals bedeutendste wahhabitische Gelehrte, der spätere Großmufti Abdalaziz Ibn Baz (1912 – 1999), lehnte die Politik der Regierung ab. Mit dem Hilferuf an „Ungläubige“ war der König, wie ihm selbst bewusst war, eines der heikelsten Konfliktrisiken des saudischen politischen Systems eingegangen. Seit ihrer Entstehung zeichneten sich die Wahhabiten dadurch aus, dass sie all diejenigen Muslime, die ihrer Forderung nach einer puritanischen Reform der Gesellschaft nicht nachkamen, zu Ungläubigen erklärten und häufig auch bekämpften. Dies betraf zunächst die Bewohner der osmanischen Nachbarprovinzen des Najd und die

Schiiten. Als im ausgehenden 19. Jahrhundert zunehmend Europäer und anschließend Amerikaner die Halbinsel bereisten, bezogen die Wahhabiten auch Christen und Juden in ihre Abneigung gegen Andersgläubige ein. Schon die beginnende Ölförderung durch die amerikanische Firma CASOC (später ARAMCO) in den frühen vierziger Jahren war von wahhabitischen Gelehrten ebenso heftig wie erfolglos kritisiert worden. Diese „Ungläubigen“ nun zur Verteidigung des Landes herbeizurufen, in welchem sich zudem noch die Heiligen Stätten von Mekka und Medina befinden, erscheint vielen Wahhabiten als Sakrileg.

Zunächst war der Golfkrieg der Katalysator, den die Islamisten benötigt hatten, um einflussreiche Gelehrte zu überzeugen, dass es an der Zeit sei, auch öffentlich gegen die Politik der Herrscherfamilie zu protestieren und die religiöse Opposition zu gemeinsamem Handeln zu bewegen. Dies geschah zunächst im *Memorandum des Guten Rates (Mudhakkirat an-Nasiba)* vom Juli 1992, das die Unterzeichner an Ibn Baz adressierten. Darin nahmen sie Forderungen eines vorangegangenen Memorandums vom Mai 1991 in erweiterter Form wieder auf. Sie zielten jetzt auf eine umfassende Islamisierung des Staates ab, die durch die Gelehrten, deren Stellung ganz erheblich aufgewertet werden sollte, überwacht würde. Unter anderem forderten sie die Aufstellung einer saudischen Armee, die stark genug sei, das Land zu verteidigen und die Aufkündigung jeglicher militärischer Zusammenarbeit mit nichtmuslimischen Mächten.<sup>2)</sup> Die Regierung weigerte sich jedoch, den Inhalt des Memorandums auch nur zu diskutieren und ließ einige der Rädelsführer verhaften und verhören. Die Mitglieder des höchsten religiösen Gremiums des Landes, des „Komitees der führenden Gelehrten“ (*Hay'at Kibar al-Ulama*) wies der König an, das Memorandum zu verurteilen, was anscheinend zu einem heftigen Konflikt zwischen ihm und mehreren Gelehrten führte. Vermutlich aufgrund ihrer Weigerung, die Verurteilung zu unterzeichnen, wurden sieben Mitglieder entlassen und durch loyale Gelehrte ersetzt.<sup>3)</sup>

Dieses Vorgehen hatte keinerlei Präzedenzfall und zeigte deutlich, dass die Herrscherfamilie keinen Widerstand dulden würde. Während ein Teil der Isla-

2) R. Hrair Dekmejian, „Political Islamism in Saudi Arabia“, in: *Middle East Journal* 48, No. 4 (Autumn 1994), S.627-643, (S.633-635).

3) Henner Fürtig, *Demokratie in Saudi-Arabien? Die Al Sa'ud und die Folgen des Zweiten Golfkriegs*, Das Arabische Buch, Berlin 1995, S.24.

misten sich in die innere Emigration zurückzog, begannen andere, die Politik des Regimes aus dem Ausland oder auch in Saudi-Arabien selbst anzugreifen.

Im Land selbst waren es populäre islamistische Prediger, die der Regierung die größten Probleme bereiteten. Gelehrte wie Safar al-Hawali und Salman al-Awda entstammten den mittleren Rängen des geistlichen Establishments und hatten schon seit August 1990 begonnen, die Politik der Herrscherfamilie zu kritisieren, wenn auch häufig nur indirekt. Ihre Forderungen entsprachen denen des *Memorandums des Guten Rats*. Immer wieder kritisierten sie das Bündnis des saudischen Staates mit den amerikanischen „Ungläubigen“. Da beide zu den wahhabitischen Gelehrten gehören, die traditionell die Allianz mit dem Königshaus getragen haben, wiegt ihre Kritik besonders schwer. Dementsprechend gibt es auch Hinweise darauf, dass ihre Bücher und die Audiokassetten ihrer Predigten große Resonanz unter den tief religiösen Bewohnern des Najd fanden. Damit bildete sich erstmals eine Opposition in derjenigen Region, aus der die Familie Saud stammte und wo seit jeher ihre loyalsten Unterstützer lebten. Deshalb ließ die Regierung Hawali und Awda im Jahre 1994 verhaften. Erst als die Krisenstimmung etwas abgeebbt war, wurden sie 1999 wieder freigelassen. Im Falle einer innenpolitischen Krise, die auf Konflikte in der Thronfolgefrage folgen könnte, wäre es denkbar, dass diese Prediger wiederum aktiv würden und schnell an Einfluss gewinnen könnten. Auch wenn sie wohl nicht die Fähigkeit besitzen, eine Massenbewegung zu mobilisieren, muss immer damit gerechnet werden, dass sie über eine größere Anhängerzahl verfügen, als es heute scheint.

Hawali und Awda hatten es noch vermieden, eine Oppositionsbewegung zu organisieren. Dies übernahmen Muhammad al-Mas'ari, ein Physikprofessor, und Sa'd al-Faqih, ein Mediziner, die neben Usama bin Ladin bis heute die bekanntesten saudischen Oppositionellen geblieben sind. Seit 1994 versuchen sie aus dem Londoner Exil im Rahmen des Committee for the Defence of Legitimate Rights (CDLR), die saudiarabische Bevölkerung per Fax und E-mail gegen die Herrschaft der Familie Saud zu mobilisieren. Schon 1996 jedoch überwarfen sich die beiden

Führungspersönlichkeiten, so dass Faqih das Movement for Islamic Reform in Arabia (MIRA) gründete, dessen Ziele, Strategie und Ideologie sich nicht wesentlich von denen des CDLR unterschieden. Schon diese Abspaltung macht die größte Schwäche der saudiarabischen Opposition deutlich, nämlich ihre Fragmentierung in verschiedene Gruppen, die für sich genommen fast bedeutungslos sind. Inwieweit CDLR und MIRA in Saudi-Arabien selbst über eine nennenswerte Zahl von Anhängern verfügen, ist ebenfalls unbekannt. Organisierte religiöse Opposition ist jedoch in diesem Land ein neues Phänomen, das erst ab 1993 auftrat. Deshalb ist davon auszugehen, dass die genannten Gruppierungen in Saudi-Arabien selbst nur durch wenige aktive Mitglieder vertreten werden und sie auch im Falle einer innenpolitischen Krise kaum in der Lage wären, eine wichtige Rolle zu spielen.

Usama bin Ladin und seine „Afghanen“ sind die zur Zeit militanteste und unmittelbar gefährlichste Oppositionsgruppe, wenn auch unklar ist, inwieweit bin Ladin die in Saudi-Arabien aktiven Zellen kontrollieren kann. Bin Ladin ist mittlerweile der bekannteste saudische Oppositionelle geworden, da ihm und seinen Anhängern weltweit eine ganze Reihe von Anschlägen zugeschrieben werden. Die meisten seiner aktiven Unterstützer stammen aus den Reihen der sogenannten arabischen Afghanen, Arabern, die sich in den achtziger Jahren freiwillig meldeten, um ihre afghanischen Glaubensbrüder im Kampf gegen die sowjetischen Invasoren zu unterstützen. Nachdem sie in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, hatten sie sich so weit radikalisiert, dass sie nun auch die dortigen Regierungen als „unislamisch“ ablehnten und zum Teil begannen, sie mit Waffengewalt zu bekämpfen. Auch die Anschläge auf eine amerikanische Militärmission in Riad und in der Stadt Khobar 1996, bei denen 24 Amerikaner und zwei Inder getötet wurden, sollen auf ihr Konto gehen. Sie machten Bin Laden über Nacht zum meistgesuchten Terroristen der Welt. Die saudische Regierung soll mittlerweile mehrere hundert „Afghanen“ inhaftiert haben und will auf diese Weise eine Fortsetzung der Anschlagserie verhindern; diese Politik scheint erfolgreich gewesen zu sein. Im Übrigen machen die Ereignisse auch deutlich, dass nur

bin Laden über eine Anhängerschaft verfügt, die bereit ist, das saudische Regime mit Gewalt zu bekämpfen. Langfristig jedoch ist nicht zu erwarten, dass er und seine Anhänger eine wichtige Rolle in der saudischen Politik spielen werden. Zum einen bleibt er von seinen Gastgebern in Afghanistan abhängig, die ihn jederzeit ausliefern oder vertreiben können, sollten die politischen Kosten seiner Anwesenheit zu hoch werden. Außerdem ist es unwahrscheinlich, dass er sich langfristig dem Zugriff der Amerikaner entziehen kann, die spätestens seit den Anschlägen in Ostafrika alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um ihn unschädlich zu machen. Auch in Saudi-Arabien selbst scheinen seine Terrorakte vorwiegend auf Ablehnung zu stoßen.

Insgesamt ist die religiöse Opposition zu schwach, um in den nächsten Jahren in einen möglichen innenpolitischen Konflikt um die Nachfolge eingreifen zu können. Vor allem ihre Aufspaltung in mehrere Gruppen, die alle von Personen geführt werden, die in der saudiarabischen Gesellschaft über nur geringes Prestige verfügen, macht es unwahrscheinlich, dass es ihnen gelingt, ihre organisatorischen Defizite in den nächsten Jahren abzubauen. Außerdem fehlt jeglicher Beleg, dass ihre Anhängerschaft zahlreich ist. Eine ihrer größten Schwächen jedoch ist die fanatische Ablehnung der Schiiten, die diese schon 1993 mit dazu bewogen hat, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Hiermit berauben sie sich der Möglichkeit, durch ein Bündnis mit der zahlenmäßig stärksten, organisatorisch erfahrensten und ideologisch ausgereiftesten Oppositionsgruppierung auch ihre eigenen Erfolgchancen zu verbessern. Nur wenn sich eine charismatische Persönlichkeit an der Spitze der sunnitischen Opposition etablieren könnte und die Defizite in der Koordination der einzelnen Gruppen, ihrer Organisation und der Massenmobilisierung ausgeräumt würden, könnte sie dem Regime im Krisenfall – auch ohne mit den Schiiten zu kooperieren – gefährlich werden. Schon die bedeutende Rolle, die die genannten Prediger Awda und Hawali auch in der Propaganda der drei wichtigsten Oppositionsgruppen einnehmen, weist auf die Richtung hin, aus der ein solcher Führer kommen könnte, nämlich aus der wahhabitischen Gelehrtschaft. Schon mehrmals haben bedeutende Gelehrte

seit den zwanziger Jahren eine bemerkenswerte Ambivalenz gegenüber religiös orientierten Oppositionellen gezeigt. Einerseits stimmen sie den meisten Kritikpunkten der Oppositionellen zu, die ihre Vision eines wahrhaft islamischen Staates teilten. Andererseits waren sie selbst bisher nicht bereit, den saudischen Staat zu bekämpfen, der die Grundlage für ihre starke gesellschaftliche Stellung geschaffen hatte. So zeigte der damals bedeutendste Gelehrte Ibn Baz, als radikale Wahhabiten 1979 die Große Moschee von Mekka besetzten, offen Sympathien für die Rebellen, von denen einige seine Schüler waren. Dennoch verurteilte er die Besetzung und unterstützte die Regierung, die schließlich Waffengewalt anwenden ließ, um die Moschee zu räumen. Auch die Forderungen des *Memorandums des Guten Rates* von 1992 wurden von vielen Gelehrten geteilt, die dessen Vision eines islamischen Staates teilten. Sollte es der Opposition in Zukunft gelingen, einen Gelehrten von der Statur eines Ibn Baz in ihr Lager zu ziehen, könnte es ihr auch gelingen, der Familie Saud Probleme zu bereiten, vor allem im Falle eines Konfliktes über Nachfolgefragen.

Außer diesen beiden Oppositionsströmungen gibt es keine mehr, die der Herrscherfamilie zur Zeit gefährlich werden könnte. Zwar entstand in den fünfziger Jahren auch in Saudi-Arabien eine linksnationalistische Opposition, die besonders unter den Ölarbeitern der Ostprovinz viele Anhänger hatte. Doch scheinen heute keine säkular orientierten Gruppen mehr zu bestehen, die bereit und in der Lage wären, effektiv den Kampf gegen das herrschende Regime aufzunehmen.<sup>4)</sup>

Unter den Liberalen im Lande, die in der öffentlichen Debatte hauptsächlich durch den Botschafter in London, Ghazi al-Qusaybi, vertreten werden, herrscht zwar Unzufriedenheit, doch die Furcht vor einer Wende zum Schlimmeren, d.h. in ihrem Fall zu einer stärker religiös geprägten Herrschaftsform, hält sie davon ab, offen gegen die Politik der Regierung zu opponieren. Insgesamt scheint die Bevölkerung der Meinung zu sein, dass die Alternative zur Familie Saud das Chaos ist.

Auch das Militär wird kurzfristig nicht in der Lage sein, die innenpolitische Entwicklung entscheidend zu beeinflussen. Bis heute besteht die Armee aus weit

4) Mamoun Fandy, *Saudi Arabia and the Politics of Dissent*, MacMillan, Basingstoke and London 1999, S.46.

weniger als 100 000 Soldaten. Aus Furcht vor einem Militärputsch wurde die Armee bisher nicht wesentlich ausgebaut, obwohl enorme Summen in den Ausbau der militärischen Infrastruktur und in modernste Waffensysteme investiert werden. Zudem ließ die saudische Führung die einzelnen Armeeteile an den jeweils entferntesten Punkten des Landes an den jeweiligen Außengrenzen und bei Riad stationieren, um eine Kooperation der einzelnen Truppenteile zu erschweren. Nach dem Golfkrieg scheint sich hier jedoch ein Umdenken anzudeuten. Zunächst vereinbarten die Golfstaaten gemäß der Damaskus-Deklaration von 1991, zur Sicherung ihrer Grenzen ägyptische und syrische Truppen zu stationieren. Im Gegenzug sollten die Golfstaaten den beiden Nachbarstaaten finanziell unter die Arme greifen. Nachdem dieses Konzept – nicht zuletzt wegen des gegenseitigen Misstrauens – aufgegeben worden war, stiegen die Ausgaben noch einmal an und mittlerweile liegen auch Pläne für einen substanziellen Ausbau der Mannschaftsstärke vor. Obwohl bisher nur erste Schritte in Richtung eines effektiven Ausbaus der Armee getan wurden, könnte hier mittelfristig eine weitere Gefahrenquelle entstehen. Für den Machttransfer auf die nächste Generation innerhalb der Familie Saud jedoch wird die Armee keine Rolle spielen.

### ■ Szenarien für die Nachfolge König Fahds

Inwieweit innenpolitische Instabilität droht, hängt zunächst davon ab, ob der Thronwechsel zu Abdallah oder, falls er vor Fahd sterben sollte, zu einem anderen Bruder und vor allem der Übergang der Herrschaft zur nächsten Generation reibungslos abläuft. Ob es der Familie gelingt, ihre Einigkeit auch in dieser Frage zu bewahren, bleibt weiterhin offen.

Im Zusammenhang mit der Thronfolge des jetzigen Kronprinzen Abdallah war es in der Vergangenheit immer wieder zu Auseinandersetzungen unter den Nachkommen Ibn Sauds gekommen. Abdallahs Hausmacht innerhalb der Herrscherfamilie ist klein, da er nicht durch Vollbrüder unterstützt wird, wie dies bei anderen Prätendenten der Fall ist. Unter den 35 Söhnen Ibn Sauds, die ihren Vater überlebt hatten,

bildeten sich im Laufe der Zeit wechselnde Allianzen, die häufig aus Söhnen derselben Mutter bestanden. Die wichtigste dieser Gruppierungen ist heute die der sogenannten Sudayri-Sieben, der sieben Söhne Ibn Sauds und Hazza' bint Ahmad as-Sudayris, nämlich Fahd, Sultan, Nayif (geb. 1933), Turki (geb. 1934), Salman (geb. 1936) und Ahmad (geb. 1937). Zwar beeinträchtigte die matrilineale Affiliation bisher nie die Loyalität dieser Brüder zur Gesamtfamilie, diente aber zur Bildung taktischer Allianzen, um unter der stetig wachsenden Zahl der Brüder und Enkel eigene Anliegen durchzusetzen.<sup>5)</sup>

Der Aufstieg der Sudayris hatte während des Thronstreites zwischen König Saud und seinem Bruder Faisal (1958-1964) begonnen, als Fahd, damals noch Erziehungsminister, sich als einer der wichtigsten Parteigänger Faisals profilierte. Als Belohnung für die geleisteten Dienste ernannte Faisal Fahd 1962 zum Innenminister und seinen Vollbruder Sultan zum Verteidigungsminister. Seit Fahd 1967 zum zweiten Anwärter auf die Thronfolge ernannt wurde, war der Platz des ersten Sudayris in der Thronfolge gesichert. Schon seit dem Amtsantritt des kränkelnden Königs Khalid (reg. 1975-1982), als Fahd zumeist die Regierungsgeschäfte führte, setzten sich mehr und mehr Sudayris an den Schaltstellen der Macht fest. Heute ist Nayif Innenminister, Salman Gouverneur der Provinz von Riad, Ahmad stellvertretender Innenminister und auch einige Söhne Fahds und Sultans bekleiden wichtige Posten. Muhammad b. Fahd amtiert als Gouverneur der Ostprovinz, Khalid b. Sultan kommandierte die saudischen Truppen während des Golfkrieges und Bandar b. Sultan ist der saudische Botschafter in Washington. Obwohl gesicherte Nachrichten über die Aktivitäten dieser Gruppierung nur selten verfügbar sind, scheint es sicher, dass sie schon in den siebziger Jahren versuchten, Abdallah, der seit 1963 das Kommando über die Nationalgarde innehat, von der Thronfolge auszuschließen. Nur der heftige Widerstand von Teilen der Herrscherfamilie verhinderte, dass die Sudayris sich vollständig durchsetzten. Als Fahd 1982 König wurde, ernannte er Abdallah unverzüglich zum Kronprinzen.<sup>6)</sup> Dennoch halten sich bis heute hartnäckig Gerüchte, dass Sultan Abdallah die Thronfolge streitig machen möchte. Da

5) Uwe Pfullmann, *Thronfolge in Saudi-Arabien*. Wahhabitische Familienpolitik von 1744 bis 1953, Das Arabische Buch, Berlin 1997, S.47.

6) Simon Henderson, *After King Fahd: Succession in Saudi Arabia*, The Washington Institute for Near East Policy, Washington 1994, S.14.

es besonders die Gruppen der Exilopposition sind, die diese Gerüchte schüren und die darauf verweisen, dass Bandar b. Sultan der Wunschkandidat der US-Regierung sei, sind diese Nachrichten nur unter Vorbehalt zu akzeptieren. Nicht zu übersehen ist aber, dass Abdallahs Position schwächer ist als die anderer Thronfolger in der Vergangenheit. Zunächst einmal hat er keinen Vollbruder unter den Söhnen Ibn Sauds, was seine Position gegenüber den Sudayris schwächt. Einige Analysten sehen es auch als einen Nachteil an, dass er mütterlicherseits von den Shammar abstammt, einem Stamm aus dem nördlichen Najd, der den Saudis bis 1921 die Herrschaft über Zentralarabien streitig machte. Dass dies tatsächlich zu Ungunsten Abdallahs wirkt, ist jedoch eher unwahrscheinlich. Die Shammar gehören zu den „edelsten“ Stämmen des Najd, was in der tribalen Gesellschaft Saudi-Arabiens entscheidend ist.<sup>7)</sup> Vielmehr gibt es mehrere Gründe, die für eine Thronfolge Abdallahs sprechen. Zunächst ist Abdallah im Najd überaus beliebt, da er als konservativ gilt und für seine Frömmigkeit bekannt ist. Selbst die Londoner Exilopposition betonte mehrmals, dass sie ihre Arbeit aufgeben würden, sollte Abdallah Fahd auf den Thron folgen. Deshalb wäre die Herrscherfamilie tatsächlich gut beraten, seine Thronfolge schon aus Gründen der innenpolitischen Stabilität zuzulassen. Dass Abdallah die Nationalgarde kommandiert, stärkt seine Position ebenfalls, da diese – mit 35 000 bis 45 000 Mann fast so groß wie das Heer – hauptsächlich aus den Angehörigen der ehemaligen großen Beduinenstämme besteht, was seine Hausmacht unter der Bevölkerung enorm vergrößert hat. Dennoch hat die Nationalgarde in den letzten Jahren gegenüber der Armee an Bedeutung verloren, da deren Modernisierung die traditionelle Schutztruppe in militärischer Hinsicht immer weiter in den Schatten stellte. Die Armee jedoch befindet sich fest in den Händen des Verteidigungsministers Sultan. Für Abdallah wiederum spricht, dass er von den einflussreichen Söhnen des ehemaligen Königs Faisal unterstützt wird, deren Verhältnis zu Fahd nicht das Beste sein soll. Sie gelten als religiös konservativ und gleichzeitig reformorientiert und profitieren von dem immer noch hohen Ansehen ihres Vaters. Insgesamt lässt sich deshalb nicht mit Bestimmtheit sagen,

7) Lediglich die Abkunft von einer Sklavin - besonders wenn die Hautfarbe des Sohnes dunkler ist als gewöhnlich - scheint eine Berücksichtigung als Thronfolgekandidat unmöglich zu machen.

ob Abdallahs Position tatsächlich schwach ist. Vielmehr scheint es so, als könne die Wahl eines konservativen und religiösen Herrschers den Najd politisch wieder einen und die dortige Hausmacht der Familie Saud stabilisieren. Dies könnte anschließend den Weg zu einer geregelten Besetzung des Throns durch einen Prinzen der nächsten Generation eröffnen.

Falls die Sudayris akzeptiert haben, dass Abdallah im Falle eines Ablebens König Fahds die Macht übernimmt, dürfte der Transfer problemlos vonstatten gehen. Falls jedoch Sultan tatsächlich versuchen sollte, Abdallah zu übergehen, wären Probleme unvermeidlich und auch die Enkelgeneration träte in diesem Fall auf den Plan. Da sich die Söhne Ibn Sauds aber auch ihrer Ansprüche zu erwehren haben, ist ein solches Szenario zunächst einmal unwahrscheinlich. Ein anderer Fall träte ein, sollten Fahd, Abdallah und auch Sultan kurz hintereinander sterben, was angesichts ihres fortgeschrittenen Alters nicht ganz unwahrscheinlich ist. Dann könnte das labile Machtgleichgewicht innerhalb der Familie zu Konflikten führen. Eine Fortsetzung der bisherigen Thronfolge würde im besten Fall wohl dazu führen, dass alle zwei oder drei Jahre ein neuer König auf seinen Bruder folgen würde. Da dies die Gefahr von Konflikten innerhalb der Familie verschärfen würde, wäre es möglich, dass sich die älteren Brüder darauf einigen, einen der jüngeren Brüder zum Thronfolger zu ernennen. So wäre es möglich, die personelle Kontinuität im Amt des Herrschers zu wahren. Ein Kandidat, der in diesem Zusammenhang immer wieder genannt wird, ist Salman b. Abdalaziz (geb. 1938). Er ist heute Gouverneur der Provinz von Riad, die einen großen Teil des Najd umfasst, und verhältnismäßig populär. Außerdem ist er für seine administrativen und politischen Fähigkeiten sowie seinen Fleiß bekannt, was Kritiker der Familie Saud immer wieder als positiv hervorheben.<sup>8)</sup> Es ist allerdings nur schwer vorstellbar, dass die älteren Brüder, wie zum Beispiel Innenminister Nayif, tatsächlich zu einem Verzicht auf ihre eigenen Ansprüche bereit wären. Im Krisenfall jedoch wäre Salman eine denkbare Alternative für die Herrscherfamilie.

Um einen Überblick über die möglichen Präkandidaten der näheren Zukunft und ihre Hierarchie zu gewinnen, ist es sinnvoll, zunächst einmal die Söhne

8) Henderson, *After King Fahd*, S.29.

Ibn Sauds zu klassifizieren. Dadurch, dass erstmals eine solch große Zahl von Söhnen eines Herrschers überlebte, die auch noch in einem sehr großen zeitlichen Abstand voneinander geboren wurden, entstand eine neuartige Situation. Faktisch etablierte sich eine Zweiteilung in diejenigen Söhne, die aufgrund ihres Alters erwarten oder zumindest hoffen durften, einmal König zu werden, und diejenigen, die um soviel jünger waren als die Enkel Ibn Sauds, dass sie für die Thronfolge nicht in Frage kamen. Der israelische Wissenschaftler Alexander Bligh hat für das Jahr 1953 – immer in Bezug auf die künftige Thronfolgeregelung – eine Einteilung in fünf Kategorien vorgenommen, von denen hier die ersten drei interessieren.<sup>9)</sup> In der ersten Gruppe nennt er die älteren Söhne Ibn Sauds, die einen gesicherten Anspruch auf den Thron hatten. Hierzu gehörten die späteren Könige Saud, Faisal, Khalid und Fahd und Muhammad, der 1965 „aus gesundheitlichen Gründen“ von der Thronfolge ausgeschlossen wurde. Zu einer zweiten Gruppe gehörten ältere Söhne, die ihr Recht auf die Thronfolge durch inakzeptables Verhalten verwirkten oder die nicht interessiert waren. An dritter Stelle schließlich folgen die jüngeren Söhne, die in etwa zeitgleich mit den ersten Enkeln Ibn Sauds geboren worden waren. Hierzu gehörten vor allem Abdallah und Sultan, die deshalb 1953 nicht zu denjenigen Söhnen zählten, deren Recht auf die Thronfolge anerkannt war. Dies macht deutlich, wie schwach die Position der beiden heute ist und wie bald ein Generationswechsel notwendig wird.

Über die Machtverteilung innerhalb der Enkelgeneration liegen kaum gesicherte Informationen vor. Sicher ist lediglich, dass ihre Vertreter bisher immer wieder übergangen wurden. Dennoch versuchten fast alle saudischen Herrscher, die Ambitionen ihrer eigenen Söhne noch zu ihren Lebzeiten zu fördern, indem sie ihnen wichtige Ämter im Regierungsapparat anvertrauten. Dies traf für die Söhne König Sauds zu, vor allem aber für die Söhne Königs Faisals, von denen einige – wie der Außenminister Saud b. Faisal, der Direktor des Auslandsgeheimdienstes Turki und der Gouverneur der Provinz Asir am Roten Meer, Khalid – bis heute wichtige Positionen einnehmen. Sie werden von allen Beobachtern zu den wichtigsten Vertretern der Enkelgeneration gezählt, die auch im

9) Alexander Bligh, *From Prince to King: Royal succession in the House of Saud in the twentieth century*, New York UP, New York u.a. 1984.

Falle eines Generationswechsels in der Thronfolge zu aussichtsreichen Kandidaten würden. Besonders wenn Abdallah noch König werden sollte, stiegen ihre Chancen. Denn Abdallah hat sich bisher immer auf die Unterstützung der Söhne Faisals verlassen, um seine Stellung zu wahren.<sup>10)</sup>

10) Henderson, *After King Fahd*, S.32.

Fahd hingegen bringt ihnen kaum Sympathien entgegen. Da er und seine Vollbrüder die Schaltstellen der Macht besetzt halten, scheint es jedoch so, als ob zur Zeit die prominentesten Söhne der Sudayri-Sieben die besten Chancen haben, bei einem Generationswechsel als Thronprätendenten berücksichtigt zu werden. Dies gilt vor allem für Muhammad b. Fahd, aber möglicherweise auch für Bandar und Khalid b. Sultan. Muhammad b. Fahd hat sich bereits seit 1985 als Gouverneur der Ostprovinz bewährt. Sie erstreckt sich von der kuwaitischen Grenze bis zu den Vereinigten Arabischen Emiraten und beherbergt die wichtigsten Ölfelder. Vor allem in der Auseinandersetzung mit den Schiiten konnte er Erfolge aufweisen, die die Gefahr von Unruhen deutlich verringert haben. Außer ihm werden Bandar und Khalid im Westen immer wieder als wichtige Prätendenten genannt, wobei ihnen in Saudi-Arabien selbst nur geringe Chancen eingeräumt werden. Vor allem Bandar hat sich seit 1983 als Botschafter in Washington profiliert. Er gilt über seine Amtsbefugnisse hinaus als verantwortlich für die saudiarabischen Beziehungen zu den USA und ist international weitaus bekannter als seine Vettern. Als Sohn einer sudanesischen Sklavin scheint er jedoch für die Thronfolge inakzeptabel zu sein. Seinem Bruder Khalid b. Sultan gelang es aufgrund seiner Rolle als Oberbefehlshaber der saudischen Truppen während des zweiten Golfkrieges, auch international Bekanntheit zu erlangen. Seine übersteigerte Selbstdarstellung und kontroverse Äußerungen zur Zukunft der saudiarabischen Streitkräfte stießen aber unter seinen Verwandten auf heftige Kritik, so dass er auf Anweisung König Fahds von seinem Posten zurücktreten musste. Er verspielte jegliche Unterstützung innerhalb der Familie. Auch dass er am Krieg selbst zumindest mehrere hundert Millionen Dollar verdiente, trug nicht zur Festigung des Vertrauens in seine Person bei. Die Söhne Faisals und Muhammad b. Fahd scheinen deshalb die bislang einzigen ernstzunehmenden Kandi-

daten der Enkelgeneration zu sein. Es ist insgesamt fraglich, ob sie – von denen selbst schon einige Großväter sind – die Fortführung der Thronfolge nach dem jetzigen Prinzip noch lange akzeptieren werden. Vor allem die Tatsache, dass sie in naher Zukunft gleichaltrig mit den ältesten noch lebenden Söhnen Ibn Sauds sein werden, wird die Lage verkomplizieren. Kulturelle Normen verlangen nämlich von den Familienmitgliedern, den jeweils älteren Verwandten besonderen Respekt zu zollen. Bisher verhindert diese Norm noch offenen Widerstand gegen die Söhne Ibn Sauds innerhalb der Familie. In einigen Jahren aber werden die genannten Enkel gleichaltrig mit den überlebenden Söhnen wie zum Beispiel Nayif und Salman sein. Spätestens dann sind heftige Konflikte zu erwarten, wenn die Familie nicht vorher eine für die meisten Beteiligten akzeptable Lösung findet. Bisher scheint es nicht so, als würden die Enkel innerhalb der Familie eigene Interessen vertreten. Ob aber eine größere Gruppierung von Enkeln im Falle einer Krise kurzfristig entstehen kann, ist vollkommen unklar, da hierzu keine verlässlichen Informationen vorliegen.

Wenn man die Geschichte der Thronfolgeregelungen in der saudischen Herrscherfamilie Revue passieren lässt, kommen auf den ersten Blick Zweifel auf, ob die Familie in den nächsten Jahren bereit sein wird, interne Zwistigkeiten zurückzustellen und zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. Zu oft führte nämlich die Frage, wer dem toten Herrscher auf den Thron folgen sollte, zu blutigen Konflikten innerhalb der Familie Saud. Weder die Herrscher noch die wahhabitischen Gelehrten hatten eine detaillierte politische Theorie entwickelt, in deren Rahmen festgelegt worden wäre, nach welchen Prinzipien der neue Herrscher ausgewählt werden sollte. Im 18. und 19. Jahrhundert scheint die Primogenitur das vorherrschende Prinzip gewesen zu sein. Jeweils der älteste Sohn des verstorbenen Herrschers folgte seinem Vater auf den Thron. In den meisten Fällen hatte der Vater den Sohn bereits auf seine künftigen Aufgaben vorbereitet, indem er ihn zum Truppenkommandanten oder Gouverneur einer wichtigen Provinz ernannte, was faktisch einer Designation gleichkam. Dennoch waren Nachfolgekonflikte innerhalb der Familie sehr häufig. Dies weist darauf

hin, dass auch andere Prinzipien als das der Primogenitur die Haltung der Saudis zur Thronfolge geprägt hatten. In mehreren Fällen versuchte der jeweils älteste Bruder des Königs, sich dessen Nachfolge zu sichern, was ein deutlicher Hinweis darauf ist, dass auch die Seniorität ein Faktor in der Bestimmung des Nachfolgers sein konnte. Insgesamt war es unbestritten, dass ein enger Verwandter des Königs auch seine Nachfolge antreten musste, nicht aber, ob dies ein Sohn oder Bruder oder jeweils der älteste sein musste. Diese bis heute offene Frage schuf Raum für vielfältige Spannungen, die solange nicht ausbrachen, als der saudische Staat stabil blieb. In Krisenzeiten jedoch führte die Ambivalenz in der Nachfolgefrage zu schweren Belastungen, 1891 sogar zur Zerstörung des saudischen Staates.

Wenn die Geschichte der zahlreichen Konflikte um die Thronfolge auch pessimistisch stimmt, scheint die Familie doch einige Lehren aus der Vergangenheit gezogen zu haben. Einen Hinweis darauf liefert ihr zuweilen verkrampft wirkendes Bemühen, Einigkeit zu demonstrieren und Konflikte zu verbergen. Doch auch in der politischen Praxis hat sich die Familie Saud als lernfähig erwiesen. Als zu Beginn der sechziger Jahre nämlich der Konflikt zwischen dem damaligen König Saud und seinem Nachfolger Faisal tobte, sammelte sich die Familie hinter Faisal, von dem allein sie die Lösung der damaligen innen- und außenpolitischen Probleme erwartete. Da Saud sich als unfähig erwiesen hatte, den saudischen Staat zu führen, wurde er kurzerhand abgesetzt.<sup>11)</sup> Es ist deshalb wahrscheinlich, dass pragmatische Erwägungen dieser Art auch in Zukunft die maßgeblichen Persönlichkeiten der Familie beeinflussen werden. In Auseinandersetzung mit den Nachfolgekonflikten des 19. Jahrhunderts wurden von den wahhabitischen Gelehrten rudimentäre Ansätze zu einer politischen Theorie entwickelt. Schon seit der Staatsgründung hatten Prinzipien wie die Einigkeit der (wahren) Muslime und Gehorsam gegenüber dem Herrscher das politische Denken der Wahhabiten bestimmt. Als dann aber Bürgerkriege ausbrachen, waren auch die Gelehrten gezwungen, sich den einzelnen Parteiungen anzuschließen und deren Propagandaschlachten zu schlagen. Hätte nicht Ibn Saud Zentralarabien im frühen 20. Jahrhundert unter sei-

11) Gary Samore, *Royal Family Politics in Saudi Arabia* (1953-1982), Ph.D. Diss., Harvard University (Ann Arbor: University Microfilms International) 1984.

ner Herrschaft vereint, wäre wahrscheinlich auch die Wahhabiya als religiöse Bewegung zerfallen. Deshalb haben die wahhabitischen Gelehrten ihre politische Theorie auf der Grundlage dieser Erfahrungen weiterentwickelt. Die Einigkeit der Gemeinschaft wurde zu einer regelrechten Obsession, das Thema gebetsmühenhaft in Predigten, Rechtsgutachten und sonstigen öffentlichen Äußerungen wiederholt. Die Gelehrten bekämpfen jedes Anzeichen von Uneinigkeit im saudischen Staat und weigern sich – wie die Herrscherfamilie und die meisten staatlichen Stellen auch – überhaupt einzugestehen, dass es regionale, religiöse und soziale Bruchlinien innerhalb der saudischen Gesellschaft gebe. Angesichts tiefverwurzelter Interessengegensätze zwischen den Bewohnern der Provinzen, zwischen Islamisten und „Liberalen“, Schiiten und Sunniten wirken diese Äußerungen zunächst eher realitätsfern. Sie weisen jedoch auf ein tiefempfundenes Bedürfnis der politischen und religiösen Eliten nach Konsens, Einheit und Stabilität hin, das auch ihre Haltung in der zu erwartenden Nachfolgediskussion prägen dürfte. Ein selbstzerstörerischer Machtkampf in der Herrscherfamilie ist deshalb ein eher unwahrscheinliches Szenario.

### ■ Eine Reform der Thronfolgeregelung?

Ein erster Ansatz für eine Lösung der Thronfolgeproblematik zeichnete sich im Jahre 1992 ab. Damals reagierte die Herrscherfamilie auf die Kritik aus dem liberalen und dem religiösen Lager, indem sie per Dekret ein Grundgesetz (*Basic Law of Government*) erließ und gleichzeitig einen konsultativen Rat (Majlis ash-Shura) einrichtete. Im zweiten Kapitel dieses Textes wurde festgehalten, dass der Thron auf die direkten Nachkommen Ibn Sauds, also seine Söhne und deren Söhne übergehe. Aufsehen erregte der nächste Absatz, in dem stand, dass der König den Thronfolger ernenne und entlasse. Nach seinem Tode übernehme der Thronfolger sofort die Aufgaben des Königs, bis ihm der Gefolgschaftseid (*bay'a*) geleistet werde.<sup>12)</sup> Abdallah und Sultan sollen damals gegen diese Regelung protestiert haben, da sie ihre Position gefährdete. Tatsächlich ist es aber wahrscheinlich, dass in der politischen Praxis die Thronfolge weiterhin im kleinen Kreise der bedeutendsten

12) Eine englische Übersetzung dieses Textes findet sich in: Henderson, *After King Fahd*, S.55f.

Prinzen ausgehandelt wird. Keiner der bisherigen Könige wäre in der Lage gewesen, einen Thronfolger im Alleingang zu ernennen. Deshalb ist diese Neuregelung – die immer noch keinen Mechanismus zur Findung eines Thronfolgers vorgibt – vor allem wichtig, weil sie andeutet, dass die Herrscherfamilie das Problem erkannt hat und auch erste Schritte zu einer formalen Klärung der Thronfolgefrage unternimmt. Dies weist darauf hin, dass Abdallah – der später ausdrücklich von dieser Bestimmung ausgenommen wurde, da er schon vor der Veröffentlichung des Gesetzes Kronprinz gewesen war – möglicherweise der letzte der älteren Brüder ist, der nach herkömmlicher Methode König wird. Auch wenn Sultan als zweiter stellvertretender Ministerpräsident der designierte nächste Kronprinz ist, sind viele Beobachter der Meinung, dass seine Thronfolge auch theoretisch noch längst keine beschlossene Sache sei. Vielmehr werden sich die führenden Familienmitglieder treffen, um eine Lösung zu finden. Es ist also durchaus denkbar, dass der übernächste oder schon der nächste Herrscher der Familie Saud nicht mehr der alten Garde der Prinzen angehört, sondern vielmehr ein Sohn Faisals oder Fahds oder aber der jüngere Bruder Salman b. Abdalaziz sein wird.